



N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	FuW/030/2014
Datum	Dienstag, den 04.02.2014
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:55 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium:

Herr Thomas Heyer	Ausschussvorsitzender	CDU
Frau Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende	FW
Frau Sandra Ihne-Köneke	Stadtverordnete	SPD (i.V.f. Stv. Kleber)
Herr Karl-Heinz Kinkler	Stadtverordneter	SPD
Herr Tobias Rompf	Stadtverordneter	SPD
Herr Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter	SPD
Herr Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU
Herr Karl Hedderich	Stadtverordneter	CDU
Frau Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Matthias Büger	Fraktionsvorsitzender	FDP

vom Magistrat:

Herr Wolfram Dette	Oberbürgermeister	FDP
Herr Harald Semler	Stadtrat	FW

von der Verwaltung:

Dirk Fellert	Magistratsbüro
Herr Friedrich Rolf Hess	Eigenbetrieb Stadthallen
Herr Björn Kelschenbach	Personal- und Organisationsamt
Herr Michael Peters	Rechtsamt
Herr Andreas Schäfer	Kämmerei
Frau Andrea Simon	Kämmerei
Herr Erwin Strunk	Amt für Brandschutz

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Gerner, als Schriftführer
Herr Lehne

AV Heyer eröffnete die 30. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Es bestand Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte in folgender Reihenfolge zu behandeln:

TOP 1, TOP 2.2, TOP 5, TOP 6, TOP 2, TOP 2.1, TOP 2.3, TOP 3 - 19

Die Tischvorlage DS 1835/14 - II/139 (Grundstückstausch Heinz Schäfer, Maintal) wurde als TOP 8.1 vorgesehen.

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 10.12.2013**
- 2 Haushalt 2014**
- 2.1 Änderungsliste Magistrat**
- 2.2 Änderungsliste zum Stellenplan 2014**
Vorlage: 1824/14 - I/399
- 2.3 Haushaltsanträge**
- 3 Haushaltssicherungskonzept 2014 der Stadt Wetzlar**
Vorlage: 1804/14 - I/398
- 4 Ganzheitliches Konzept zur transparenten Darstellung**
und zur Konsolidierung des städtischen Haushalts
Vorlage: 1830/14 - I/400
- 5 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar**
Wirtschaftsplan 2014
Vorlage: 1793/13 - I/390
- 6 Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung für den**
Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1796/14 - I/391
- 7 Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Leun, Solms und Wetzlar**
Sachstand und öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Vorlage: 1803/14 - I/395

8 - 18 Grundstücksangelegenheiten

19 Verschiedenes

zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 10.12.2013

Mitteilungen

Spielapparatesteuer

OB D e t t e nahm Bezug auf eine Frage des Stv. Kleber im Finanzausschuss und teilte mit, dass sich die Zahl der Spielstättenbetreiber nur unwesentlich verändert habe (Ende 2012: 36, Ende 2013: 39). Zum Stichtag 31.12.2013 seien 257 Automaten in Spielhallen sowie 119 Stück in Gaststätten aufgebaut gewesen. Durch Aufhebung der Kappungsgrenze habe sich das Steueraufkommen deutlich erhöht, es werde 2014 von rd. 1 Mio € ausgegangen.

Anfragen

Keine Wortmeldungen.

Niederschrift vom 10.12.2013

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 2 Haushalt 2014

Es bestand Einvernehmen, die Haushaltsdurchsicht nach Produktbereichen und Seitenzahlen vorzunehmen.

Haushaltssatzung (S. 1 - 3)

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach dem möglichen Bestehen einer finanziellen Obergrenze, an der die Stadt Wetzlar aufgrund ihres Schuldenstandes nicht mehr eigenständig entscheiden dürfe. OB D e t t e verneinte diese Frage, eine Entscheidung hierüber stehe im Ermessen der Aufsichtsbehörde und berücksichtige die finanzielle Leistungsfähigkeit und Zinsdienstbelastung der Kommune. Je prekärer die Haushaltslage, desto stärker seien auch die Auflagen, wie. z. B. eine Einzelkreditgenehmigung.

Ergebnishaushalt - Finanzhaushalt (S. 4 - 6)

Stv. H e d d e r i c h fragte nach dem Grund der niedrigeren Personalaufwendungen des Ergebnishaushaltes im Vergleich zum Finanzhaushalt. Frau S i m o n gab zur Kenntnis, dass bei den Aufwendungen des Ergebnishaushaltes die Rückstellungen nicht berücksichtigt seien.

Statistische Angaben (S. 7 - 12)

Keine Wortmeldungen.

Haushaltsrechtliche Budgetierungsrichtlinien (S. 13 - 22)

Keine Wortmeldungen.

Vorbericht (S. 23 - 49)

Keine Wortmeldungen.

Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte einschließlich Produktbeschreibungen/Produkterläuterungen

Produktbereich 01 - Innere Verwaltung (S. 51 - 157)

Seite 58, Produkt-Nr. 0110100 Städtepartnerschaften

Stv. H e d d e r i c h sah eine Diskrepanz zwischen der erhöhten Anzahl von Fahrten in die Partnerstädte und den um 50 % gekürzten Haushaltsmitteln. OB D e t t e machte deutlich, dass die Höhe des Zuschussbetrages pro Person aufgrund der unterschiedlichen Entfernung zur Partnerstadt und Teilnehmerzahl differiere.

Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung (S. 158 - 199)

Seite 89, Produkt-Nr. 0140100 Personalverwaltung

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z erkundigte sich nach dem Anlass der gesunkenen Zuschüsse unter Position 7. OB D e t t e erläuterte, dass die vom Landeswohlfahrtsverband Hessen gewährten Zuschüsse für Personalentwicklungsmaßnahmen jährlichen Schwankungen unterliegen. Darüber hinaus enthalte diese Position Zuweisungen vom Kreis für Leistungen der Stadt.

Seite 129, Produkt-Nr. 0180100 Stadtbüro

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z fragte nach dem Grund der „Sonstigen Erstattungen an Land - Jagd- und Fischereiangelegenheiten“ (4.800 €). OB D e t t e und Frau S i m o n führten aus, dass für die ausgestellten Fischereischeine ein Anteil auf gesetzlicher Basis an das Land Hessen abzuführen sei.

Seite 165, Produkt-Nr. 0220100 Personenstandswesen

Stv. B r e i d s p r e c h e r nahm die aufgeführten Planzahlen als nicht nachvollziehbar wahr. OB D e t t e bestätigte, dass die Zahlen nicht schätzbar seien. Es handele sich um eine reine verwaltungsinterne Mindestgröße. Auf die Darstellung solle zukünftig verzichtet werden.

Seite 169, Produkt-Nr. 0230100 Regelung des Aufenthaltes von Ausländern

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Information zu Fiktionsbescheinigungen, Duldungen und Gestattungen. Herr P e t e r s erläuterte, dass Personen mit einer Fiktionsbescheinigung ihr vorläufiges Aufenthaltsrecht bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde über den Antrag nachweisen. Duldungsinhaber seien eigentlich ausreisepflichtig, können aber nicht abgeschoben werden, weil Hindernisse entgegenstehen. Asylbewerber erhalten Aufenthaltsgestattungen.

Seite 173, Produkt-Nr. 0240100 Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Auf die Frage der Stv. Dr. B e r n a u e r - M ü n z nach den Maßnahmen der „Schädlingsbekämpfung“ teilte OB D e t t e mit, dass hierunter die Rattenbekämpfung und Taubenbekämpfungsaktionen mit biologischen Mitteln falle.

Seite 177, Produkt-Nr. 0240100 Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Stv. H e d d e r i c h stellte fest, dass der Zuschuss an das Tierheim verdoppelt worden sei und suchte zu erfahren, auf welcher Grundlage dies erfolgt sei. OB D e t t e erklärte, dass eine kostendeckende Erstattung als angemessener Ausgleich pauschaliert erfolgen solle. Die Regelung habe sich bereits in anderen Landkreisen bewährt und solle auf der Basis der Einwohnerzahl zu gleichen Bedingungen im gesamten Altkreis Anwendung finden.

Seite 187, Produkt-Nr. 0240300 Straßenverkehrsangelegenheiten

Stv. K i n k l e r bezog sich auf die „Überwachung des ruhenden Verkehrs durch privaten Wachdienst“ und bat um Information zu den Randstunden. OB D e t t e berichtete von Beschwerden aus dem Altstadtbereich und verwies auf die positiven Erfahrungen anderer Städte mit einem qualifizierten privaten Sicherheitsdienst. Dieser solle für die Überwachung des ruhenden Verkehrs schwerpunktmäßig an Abendstunden und an Wochenenden eingesetzt werden, jedoch nicht jeden Tag. Die Ausgaben für den Dienst würden sich durch entsprechende Gebühren refinanzieren, außerdem verbessere sich die Sicherheitslage in der Altstadt. Bei Bedarf sei auch ein Einsatz in den Stadtteilen denkbar.

Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft (S. 200 - 235)

Seite 219, Produkt-Nr. 0420400 Heimat- und sonstige Kulturpflege

Stv. H e d d e r i c h fragte nach dem Grund der Verdoppelung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 13). OB D e t t e schilderte, dass durch den Hestag 2012 und einen Wechsel in der Amtsleitung 2013 keine Kulturtage durchgeführt worden seien. In den Jahren 2011 und davor seien teilweise höhere Beträge veranschlagt gewesen. Er halte den reduzierten Betrag für sachangemessen, um die Veranstaltungsreihe 2014 wieder aufleben zu lassen.

Produktbereich 05 - Soziale Leistungen (S. 236 - 254)

Seite 237, Produkt-Nr. 0510100 Offene Seniorenarbeit

Auf Frage von Stv. B r e i d s p r e c h e r teilte OB D e t t e mit, dass die WetzlarCard etwa 100.000 € an Kosten auslöse.

Seite 252, Produkt-Nr. 0540300 Wohngeld, Bildung und Teilhabe

Stv. H e d d e r i c h stellte fest, dass sich das unter „Kostenersatzleistungen und -erstattungen“ ausgewiesene Wohngeld mehr als verdoppelt habe. Red. Anmerkung: Personalkostenerstattung des Lahn-Dill-Kreises für 1 Sachbearbeiter im Sachgebiet Wohngeld ab 01.07.2013.

Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (S. 255 - 381)

S. 304, Produkt-Nr. 0660100 Andere Hilfen zur Erziehung

Stv. **Breidsprecher** äußerte sich kritisch zu der Form der Darstellung. Er vermisse konkrete Zahlen in einer Gesamtsumme und bitte um Änderung ab dem nächsten Haushaltsjahr.

Produktbereich 08 - Sportförderung (S. 382 - 403)

Seite 386, Produkt-Nr. 0810100 Sportförderung

Stv. **Breidsprecher** war mit dem Betrag von 6.000 € für den „Fahrservice von den Schulen zum Schwimmbad“ (Projekt „Schwimmi“) nicht einverstanden. Es liege im Interesse der Eltern, dass die Kinder schwimmen lernen. OB **Detle** führte aus, dass dieser besondere Schwimmunterricht im Anschluss an den Schulunterricht in Kooperation mit der Schule organisiert werde und dadurch Zusatzkosten entstehen würden. Es sei damit das Ziel verbunden, möglichst alle Schülerinnen und Schüler mit dem sozialintegrativen Schwimmprojekt zu erreichen.

Produktbereich 09 - Räumliche Planung und Entwicklung (S. 404 - 422)

Seite 411, Produkt-Nr. 0910100 Bebauungspläne, Flächennutzungsplan, Grünplanung, Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen

Stv. **Hedderich** bat um Information zu den ausgewiesenen Planungskosten für das Baugebiet Blankenfeld II in Höhe von 15.000 €. OB **Detle** erläuterte, dass es sich um einen Teilbereich handle, der überwiegend im städtischen Eigentum sei und an die vorhandene Bebauungslage Blankenfeld I in Richtung Büblingshausen anknüpfe. In Verlängerung des bisherigen Baugebietes bestünde die Möglichkeit, weitere Bauflächen zu erschließen.

Seite 412, Produkt-Nr. 0910100 Bebauungspläne, Flächennutzungsplan, Grünplanung, Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen

Stv. **Hedderich** bezog sich mit einer weiteren Frage auf die VE in Höhe von 150.000 € für den „Ankauf Neustadt 40“. StR **Semler** wies auf einen Zusammenhang mit der Abrechnung des Sanierungsgebietes hin. OB **Detle** ergänzte, dass diese Maßnahme die Heißmangel an der Ecke Seibertstraße betreffe. Dort sei bereits ein Teil erworben worden.

Produktbereich 10 - Bauen und Wohnen (S. 423 - 436)

Keine Wortmeldungen.

Produktbereich 11 - Ver- und Entsorgung (S. 437 - 442)

Keine Wortmeldungen.

Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV (S. 443 - 474)

Seite 445, Produkt-Nr. 1210100 Gemeindestraßen

FrkV Dr. G r e i s stellte eine Frage zur gesplitteten Abwassergebühr. Ihr sei aufgefallen, dass die gesamten Aufwendungen der Stadt für die Abführung des Regenwassers (Verwaltungsgebäude, Kitas u. a.) dem Konto „Gemeindestraßen“ zugeordnet worden seien und nicht den jeweiligen Produkten. OB D e t t e machte deutlich, dass die gesplittete Abwassergebühr im Bereich der Straßen nur die versiegelten, öffentlich zugänglichen Flächen betreffe. Bei städtischen Einrichtungen, z. B. dem Neuen Rathaus, sei die Gebühr den jeweiligen Produkten zugeordnet.

Seite 456, Produkt-Nr. 1210300 Landesstraßen

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich, was unter „Fußgängerschutzanlagen Blankenfeld“ geplant sei. OB D e t t e gab an, dass die Fußgängerampel Franzenburg/Richtung Spilburg technisch erneuert werden müsse.

Seite 473, Produkt-Nr. 1290100 ÖPNV

OB D e t t e teilte auf Frage des Stv. H e d d e r i c h mit, dass die RMV-Jahreskarte nicht für den gesamten RMV-Bereich gelte, sondern nur für den Stadtverkehr Wetzlar.

Produktbereich 13 - Natur- und Landschaftspflege (S. 475 - 504)

Seite 479, Produkt-Nr. 1310100 Öffentliche Grün- und Freizeitanlagen

Stv. H e d d e r i c h bezog sich auf den Haushaltsantrag Nr. 210. Für die Erneuerung der Teichanlage Neukölln-Anlage solle zunächst die Planung vorgestellt werden.

Produktbereich 14 - Umweltschutz (S. 505 - 513)

Seite 513, Produkt-Nr. 1420100 Beratung, Information und Förderung im Umwelt- und Naturschutz

Stv. H e d d e r i c h bat um Auskunft zu den geplanten Maßnahmen der „Energetischen Sanierung städtischer Gebäude“. OB D e t t e nahm Bezug auf den Antrag Nr. 200/10 der Änderungsliste (Ifd. Nr. 11), der eine Erhöhung der VE um 50.000 € beinhalte. Als erstes Projekt solle die Kita in Steindorf angegangen werden, um die dortigen energetischen Mängel zu beseitigen.

Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus (S. 514 - 531)

Keine Wortmeldungen.

Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft (S. 532 - 546)

Seite 541, Produkt-Nr. 1630100 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Stv. B r e i d s p r e c h e r informierte sich über die Entwicklung des Zinsaufwandes. OB D e t t e hob den derzeit niedrigen Zinsaufwand bei den Kassenkrediten hervor, die mit 0,2 - 0,3 % Zinsen als Monatsgeld finanziert werden. Der Durchschnittszinssatz von län-

gerfristigen Krediten betrage mindestens 3 %. Frau S i m o n ergänzte, dass die Gesamtzinsen im Ergebnishaushalt mit rd. 4,26 Mio. € dargestellt seien und einen Zinsaufwand für Kassenkredite von 294.000 € enthalten. Im Finanzhaushalt betrage der Aufwand 3.8 Mio. € für längerfristige Darlehen und Kreditbeschaffungskosten. Auf die ergänzende Frage von Stv. B r e i d s p r e c h e r nach der Verschuldung wies OB D e t t e auf den im Gesamtfinanzhaushalt ausgewiesenen Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit hin (langfristige Nettoneuverschuldung).

Investitionsprogramm (S. 547 - 574)

Keine Wortmeldungen.

Ergebnis- und Finanzplan 2013 - 2017 (S. 575 - 577)

Keine Wortmeldungen.

Stellenplan (S. 578 - 591)

Keine Wortmeldungen.

Anlagen (S. 592 - 594)

Keine Wortmeldungen.

zu 2.1 Änderungsliste Magistrat

FrkV Dr. B ü g e r bezog sich auf Antrag Nr. 200/5 (Ifd. Nr. 6) und erkundigte sich nach konkreten Maßnahmen in der Jugendherberge. StR S e m l e r verwies auf die letztjährige Vorlage „Gesamtsanierungskonzept Jugendherberge Wetzlar“ (DS 1309/13 - I/308). Das Sanierungskonzept solle als Grundlage für die Vertragsverhandlungen mit dem Jugendherbergswerk herangezogen werden.

OB D e t t e gab zu Protokoll, dass die Vorhaben „Sporthalle Münchholzhausen“, „Kalsmunt“ und „Bismarckturm“ nicht in der Änderungsliste enthalten seien. In den nächsten Monaten würden gesonderte Vorlagen folgen.

Abstimmung über die Änderungsliste des Magistrats vorbehaltlich der Genehmigung im Ältestenrat: 11.0.0

zu 2.2 Änderungsliste zum Stellenplan 2014 Vorlage: 1824/14

OB D e t t e erläuterte, dass nach dem Feststellungsbeschluss des Haushaltes durch den Magistrat Ende 2013 Ergebnisse von Beamtenstellenbewertungen vorgelegt worden seien. Um diese Einstufungen umzusetzen, müsse der Stellenplan 2014 angepasst werden. Gegenüber Vorjahren handele es sich um keine unübliche finanzielle Größenordnung.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, wieviel städtische Beschäftigungsverhältnisse aktuell vom JobCenter gefördert werden. Herr K e l s c h e n b a c h gab zur Antwort,

dass die Stadt nach seinem Kenntnisstand keine direkt geförderten Beschäftigungsverhältnisse vom JobCenter habe. Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Prüfung der letzten 5 Jahre und Information im Ältestenrat.

zu 2.3 Haushaltsanträge

Antrag 101 - Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung und des Ausländerbeirates

Stv. B r e i d s p r e c h e r stellte die Streichung der Mittel für die Durchführung eines „Parlamentarischen Abends“ in Frage.

Abstimmung: 10.1.0

Antrag 102 - Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 103 - Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

FrkV Dr. B ü g e r bat um ergänzende Informationen zur Antragsbegründung. Stve. L u i t j e n s - T a y l o r verneinte einen Zusammenhang mit der Wetzlarer Tafel. Es sollen qualitative Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadt realisiert werden. Stve. I h n e - K ö n e k e wünschte sich Arbeitsgelegenheiten von geduldeten Asylanten in Kooperation mit der Ausländerbehörde.

Stv. B r e i d s p r e c h e r setzte sich kritisch mit dem Antrag und der Höhe der vorgesehenen Mittel auseinander. Stv. H e d d e r i c h interessierte zu erfahren, wieviel Personen man mit 20.000 € beschäftigen könne und wie lange. Herr P e t e r s verwies auf die Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz (1,10 €/Std.).

Abstimmung 7.4.0

Antrag 104 - Verwaltungsgebäude

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 105 - Brand- und Katastrophenschutz

OB D e t t e bemerkte, dass aus Sicht der Verwaltung eine Erneuerung der Fassade im Hinblick auf altersbedingte Schäden aktuell nicht anstehen würde. FrkV Dr. B ü g e r konstatierte, dass ein möglicher Präzedenzfall vermieden werden solle.

Abstimmung: 0.8.3

Antrag 106 - Offene Seniorenarbeit

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 3.7.1

Antrag 107 - Soziale Leistungen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 108 - Politisch-kulturelle Jugendbildung

OB D e t t e bestätigte auf Nachfrage von Stv. B r e i d s p r e c h e r, dass Bgm. Wagner in Aussicht gestellt habe, die um 2.500 € reduzierten Mittel nach Vorlage eines gemeinsamen Konzeptes der Jugendorganisationen wieder im Nachtrag zu erhöhen.

Abstimmung: 3.7.1

Antrag 109 - Kita Münchholzhausen

OB D e t t e informierte über das Ergebnis einer fachlichen Prüfung des Fachamtes. Die beantragten Maßnahmen würden als nicht sinnvoll erachtet.

Abstimmung: 0.10.1

Antrag 110 - Gemeindestraßen

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

Antrag 111 - Beratung, Information und Förderung im Umwelt- und Naturschutz

Stv. B r e i d s p r e c h e r äußerte sein Unverständnis über die zusätzlichen, befristet entstehenden Personalkosten. Die Aufgaben könnten nach seiner Auffassung durch vorhandene Kräfte des Amtes für Umwelt und Naturschutz erledigt werden.

OB D e t t e wies auf die kommunale Verpflichtung zur Renaturierung von Fließgewässern nach Maßgabe der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) hin. Für die in absehbarer Zeit anstehenden Aufgaben stünden Fördermittel zur Verfügung. Mit Blick auf eine mögliche Erhöhung der Personalkosten rege er alternativ an, die Mittel als Planungskosten im Finanzhaushalt einzustellen. Eine Umsetzung obliege in diesem Fall externen Kräften.

FrkV Dr. G r e i s deutete darauf hin, dass aufgrund Personalmangels keine Zuschüsse nach der WRRL aus dem Jahr 2000 gestellt worden seien. Darüber hinaus sollen zusätzlich Aufgaben in den Bereichen Lärmschutz und Luftreinhaltung übernommen werden.

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z sah in der Angelegenheit dringenden Handlungsbedarf und bezeichnete die auf 3 Jahre befristete Stelle als sinnvoll.

Abstimmung: 7.4.0

Antrag 112 - Beratung, Information und Förderung im Umwelt- und Naturschutz

Der Antrag wurde im Umweltausschuss zurückgezogen.

Antrag 201 - Kita Münchholzhausen

Siehe Antrag 109.

Abstimmung: 0.10.1

Antrag 202 - Städtische Kindertageseinrichtungen

FrkV Dr. B ü g e r begründete den Antrag auf Anbringung eines Sperrvermerks. Bevor eine Grundsatzentscheidung gefällt werde, sollten auch andere Optionen in Betracht gezogen werden.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 203 - Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 204 - Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 1.7.3

Antrag 205 - Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen

Antrag mit Änderungsliste erledigt.

Antrag 206 - Gemeindestraßen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 207 - Gemeindestraßen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 208 - Gemeindestraßen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 209 - Gemeindestraßen

OB D e t t e gab zur Kenntnis, dass Planungsmittel im Haushalt veranschlagt seien.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 210 - Öffentliche Grün- und Freizeitanlagen

AV H e y e r bezog sich auf die einstimmige Entscheidung des Bauausschusses in der Sitzung am 03.02.2014: „Der Haushaltsansatz von 70.000 € ist **mit einem Sperrvermerk zu versehen.**“

Abstimmung einschließlich der vorgenannten Änderung: 11.0.0

Antrag 211 - Öffentliche Grün- und Freizeitanlagen

AV H e y e r erklärte, dass er hohes Einsparpotenzial durch den Wegeausbau mit einer bituminösen Decke in der Colchester-Anlage sehe. Diese Maßnahme an der Lahn sei aufgrund der ständigen Folgekosten notwendig.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 212 - Einzäunung Friedhof Münchholzhausen

OB D e t t e wies darauf hin, dass eine Einzäunung des Friedhofes zwar machbar sei, aber einen Wildverbiss nicht verhindern könne. Dies sei nach Auffassung der Fachleute unmöglich.

Abstimmung: 0.9.2

Die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses wurde für eine Pause von 15 Minuten unterbrochen.

zu 3 Haushaltssicherungskonzept 2014 der Stadt Wetzlar Vorlage: 1804/14

OB D e t t e konstatierte, dass die Weiterentwicklung eines Haushaltssicherungskonzeptes zwingend sei, da erneut ein nicht ausgeglichener Haushalt vorgelegt werde. Er gehe davon aus, dass auf der Basis dieses Konzeptes eine Haushaltsgenehmigung durch die Aufsichtsbehörde möglich sei.

Seite 20 von 24 (Maßnahmen 2014 - Ziffer 3)

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z erkundigte sich nach dem Verfahren zur Erfassung des tatsächlichen Hundbestandes. OB D e t t e führte aus, dass eine Firma beispielsweise in einem Stadtteil mit der Zählung beauftragt werden könne. Danach sei zu prüfen, ob sich der Aufwand im Verhältnis zur Mehreinnahme der Hundesteuer gelohnt habe.

Seite 8 von 24 (IV. Maßnahmen zur Vorbereitung von Konsolidierungsschritten
- 4. Absatz)

Stv. B r e i d s p r e c h e r legte Wert auf die Feststellung, dass die Amtsleiter in ihrem Zuständigkeitsbereich bereits die Verantwortung trügen.

Seite 10 von 24 (2.2 Umsetzung Maßnahmen 2013 - letzter Absatz)

Stv. B r e i d s p r e c h e r bezog sich auf die Formulierung „Versorgungsgruppe“ und bat darum, die Verrechnung der Personalkosten zu erläutern. OB D e t t e sagte eine Information in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses zu.

Seite 11 von 24 (4. Produktkritik - letzter Absatz)

Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte nach, in welchen konkreten Fällen die Stadtverordnetenversammlung einzubinden sei. OB D e t t e erklärte, dass ein Hinweis auf mögliche Leistungseinschränkungen gegeben werde, z. B. in der Grünflächenpflege. Diese Veränderungen müssen mit der Stadtverordnetenversammlung rückgekoppelt werden.

Seite 13 von 24 (Umsetzung Maßnahme 2013 - Ziffer 2, 2. Absatz)

OB D e t t e gab auf Frage von Stv. B r e i d s p r e c h e r folgende Änderung bekannt: „Im Jahr 2013 sind keine neuen Anträge auf Altersteilzeit **genehmigt** worden.“

Seite 13 von 24 (Umsetzung Maßnahme 2013 - Ziffer 4, letzter Absatz)

Stv. H e d d e r i c h bat um folgende Änderung: „Erste Prüfungsergebnisse **wurden** Mitte Januar 2013 mit den Beteiligten erörtert.“ OB D e t t e sagte zu, die Änderung aufzunehmen.

Seite 14 von 24 (Maßnahmen 2014 - Ziffer 4.)

Stv. B r e i d s p r e c h e r wünschte sich eine Erläuterung zur „Entgeltumwandlung“ und den damit verbundenen Einsparpotenzialen in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses. Dies wurde von OB D e t t e zugesagt.

Seite 14 von 24 (Künftige Jahre - letzter Absatz)

Stv. H e d d e r i c h bat zu Ziffer 2. um Benennung eines zusätzlichen Feldes aus dem Bereich von Betriebshofleistungen. OB D e t t e gab als Beispiel Spezialmaschinen an, die andere Wettbewerber nicht vorhalten und mit denen Leistungen für Dritte erbracht werden können.

Seite 16 von 24 (Künftige Jahre - Ziffer 6 oben)

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, ob bei dem Pilotprojekt zur Beteiligung der Vereine Kosten entstehen würden. OB D e t t e gab zur Kenntnis, dass Bgm. Wagner ein Modell entwickeln werde, das auch versicherungsrechtliche Aspekte beinhalte. Andere Gebietskörperschaften würden bereits über entsprechende Erfahrung verfügen.

Auf die Frage des FrkV Dr. B ü g e r bestätigte OB D e t t e, dass im konkreten Fall vorhandene Leistungen durch ehrenamtliche Unterstützung ausgeglichen werden sollen.

Stv. Dr. B e r n a u e r - M ü n z nannte als weiteres Beispiel die Patenschaft von Anwohnern für im Stadtgebiet befindliche Blumenkübel.

Seite 16 von 24 (Künftige Jahre - Ziffer 9 Mitte)

Stv. H e d d e r i c h schlug als Einsparung vor, den „Wasserstrom aus Österreich“ in Höhe von 10.000 € zu streichen.

Seite 17 von 24 (Umsetzung Maßnahmen 2013 - Freiwillige Leistungen)

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Auskunft, welche freiwilligen Leistungen um 73.360 € reduziert worden seien. OB D e t t e sagte eine Auflistung zur nächsten Sitzung des Ältestenrates am 12.02.2014 zu.

Seite 23 von 24 (Kriterien für die Veranschlagung von Investitionen - Ziffer 9.1 b.)

Stv. B r e i d s p r e c h e r thematisierte den Grundsatz, dass die Erschließung von neuen Baugebieten nur dann erfolge, wenn sich vor dem Aufstellungsbeschluss mindestens 70 % der Gesamtfläche in städtischem Eigentum befinden. OB D e t t e wies darauf hin, dass dieser Grundsatz nicht neu sei und dazu diene, in eine zügige Umsetzung der Bebauung zu kommen sowie längerfristige Baulücken zu vermeiden. Die Prioritätenliste für Baugebiete werde in der beschlossenen Reihenfolge weiter abgearbeitet.

Abstimmung: 11.0.0

zu 4 Ganzheitliches Konzept zur transparenten Darstellung und zur Konsolidierung des städtischen Haushalts Vorlage: 1830/14

FrkV L e f è v r e begründete den Antrag. Dieser solle nichts Neues, sondern eine Weiterführung des Haushaltssicherungskonzeptes darstellen. Der Haushalt solle transparenter und auch für die Bürgerinnen und Bürger verständlich sein. Man müsse darauf achten, dass jedem Produkt die tatsächlichen Kosten zugeordnet seien, z. B. „Anmietung von Kellerräumen für das Kulturamt“ im Produktbereich 04, nicht 01. Transparenz im Haushalt erleichtere die Suche nach Einsparungsmöglichkeiten. Stv. Dr. B e r n a u e r - M ü n z bestätigte, dass es sehr schwierig sei, sich im Haushalt durchzufinden.

Stv. B r e i d s p r e c h e r beurteilte die in der Vorlage aufgeführte Einbeziehung der Einwohnerschaft aufgrund reiflicher Erfahrung kritisch.

FrkV Dr. G r e i s bekräftigte, dass die Antragstellung nur darauf gezielt habe, Transparenz im Haushalt zu schaffen. Was im Moment betrieben werde, sei bloß Stückwerk. Man habe nie ein Produkt im Blick und könne nicht sagen, wie auf diesem Weg Mittel eingespart werden können.

FrkV Dr. B ü g e r vertrat die Auffassung, dass man sich mit dem Konzept „nicht zu Tode administrieren“ dürfe. Er regte an, dass der Antrag zurückgezogen und im Geschäftsgang belassen werde.

FrkV L e f è v r e, Stv. Dr. B e r n a u e r - M ü n z und Stv. I h n e - K ö n e k e verdeutlichten, dass das Konzept nicht auf einer kurzfristigen Umsetzung basiere, sondern

als Zielrichtung und Tendenz zu verstehen sei. In Ergänzung zum Haushaltssicherungskonzept biete es eine gute Grundlage, um die Stadt zukunftsfähig zu machen.

OB D e t t e konstatierte, dass die Grundstruktur des doppelhaushalts rechtlich vorgegeben sei. Der bestehende Produkthaushalt könne nicht komplett umgestellt werden. Grundsätzlich habe er keine Bedenken, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten, jedoch sollte der Antrag nach seiner Auffassung Schwerpunkte möglicher Einsparpotenziale benennen sowie konkrete Fragen zur Transparenz beinhalten (Entwicklung von Kennzahlen). Die kompletten Kosten der einzelnen Produkte einschließlich Personalressourcen darzulegen, halte er für einen unvermeidbaren Verwaltungsaufwand. OB D e t t e empfahl, den Fraktionen seinen Vorschlag zur Zielrichtung des Antrags zu unterbreiten, der umsetzbare Formulierungen enthalte und die Verwaltung nicht überlaste.

Auf Antrag des Stv. K i n k l e r erfolgte eine 5-minütige Unterbrechung der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

FrkV L e f è v r e teilte für die antragstellenden Fraktionen mit, dass der Antrag im Geschäftsgang verbleiben und OB Dette seine Vorschläge unterbreiten solle, dadurch bestehe die Chance für einen nachfolgenden Konsens. Hierüber bestand Einvernehmen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss. OB D e t t e bestätigte, dass er seine Empfehlungen mit der Kämmerei und den hauptamtlichen Dezernenten abstimmen und ein schriftliches Ergebnis vorlegen werde.

**zu 5 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2014
Vorlage: 1793/13**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 6 Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung für den
Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1796/14**

OB D e t t e wies darauf hin, dass die Gebühr pro Fehlalarm deutlich erhöht werde.

Herr S t r u n k informierte darüber, dass die bisherigen Gebührensatzungen der Kommunen durch Rechtsprechung teilweise für nichtig erklärt worden seien. Dies sei der Grund gewesen, eine Überarbeitung nach den tatsächlichen Kosten vorzunehmen. Die Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung mit Gebührenverzeichnis enthalte unter anderem die entstehenden Stellplatz-, Gebäude- und Personalkosten.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 7 Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Leun, Solms und Wetzlar
Sachstand und öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Vorlage: 1803/14**

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich in der Angelegenheit nach dem Sachstand in Aßlar. OB D e t t e teilte mit, dass nach Kenntnis von StR Kortlüke keine offizielle Antwort der Stadt Aßlar vorliege; diese würde noch beraten.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 - 18 Grundstücksangelegenheiten

zu 19 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV H e y e r schloss die 30. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

H e y e r

G e r n e r